

Innere Sicherheit ohne Zukunft : Kriminalität, Sicherheitskampagnen und Parteiinteressen

Autor(en): **Niggli, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **14 (1994)**

Heft 27

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651602>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Innere Sicherheit ohne Zukunft

Kriminalität, Sicherheitskampagnen und Parteiinteressen

Die seit einem Jahr laufende Sicherheitsdebatte interessiert in dreierlei Hinsicht. Ideologisch gehört sie zu einer Reihe von Versuchen, das postkommunistische Chaos durch neue Feindbilder zu strukturieren. Politisch bietet sie das schöne Schauspiel gewagter Überholmanöver ganz rechts und endet in einem Patt der konkurrierenden Parteien des bürgerlichen Machtkartells. Was schliesslich die Kriminalität betrifft, den sachlichen Kern des „Jahres der inneren Sicherheit“, zu welchem Bundesrat Koller das Jahr 1994 zu machen gewillt ist, so wird daraus nichts, aber auch gar nichts herauszuschauen. Umso betrüblicher ist die Tatsache, dass Grüne und Linke die Kriminalität als politisches Thema nicht aufzugreifen verstehen.

Ideologisch sonderte die Sicherheitskampagne eine weitere jener Obsessionen ab, die den Verlust an geistiger Orientierung nach dem Ende der Alternative „Freiheit oder Sozialismus“ durch neue stabilisierende Feindbilder zu kompensieren suchen. Sie knüpft an die Anti-Asylantenkampagne an, die 1991/92 - auf dem bisherigen Höhepunkt unkontrollierbarer Einwanderung - die Öffnung des Ostens, den Triumph der Freiheit also, zur neuen Gefahr, vom Chaos überspült zu werden, erklärte. Die Sicherheitskampagne geht einen Schritt weiter, indem sie diese diffusen Ängste in ein politisch operatives Feindbild umgiesst. Wie üblich gebärdet sich dabei die Zürcher Sektion der Schweizerischen Volkspartei (SVP) am hemmungslosesten und radikalsten. Sie amalgamiert die drohenden „Einwandererfluten“, gesellschaftlich Ausgegrenzte, Kriminelle und die politische Linke zu ein- und derselben Gefahr, welche Eigentum und körperliche Integrität der Bürgerinnen und Bürger bedrohe.

Die Zürcher Stadtsektion der SVP pröbelte als erste am Sicherheitsthema herum. Sie heizte 1990, nachdem rot-grüne Parteien eine knappe Mehrheit errungen hatten, alten Leuten bei Kaffee und Gipfeli tüchtig ein, indem sie auf die Gefahren der Drogenszene, des alternativen Kulturzentrums Kanzlei und der Hausbesetzungen verwies, und führte gezielte Kampagnen und gewann Volksabstimmungen. Ein Jahr später verlangte sie eine „neue Sicherheitspolitik für die Stadt Zürich“. Im gleichnamigen Pamphlet zeigen zehn Fotos Barrikaden, brennende Autos, Bettler, Drogensüchtige und Alkis sowie - in den Augen der SVP schweinische - Zustände innerhalb und ausserhalb besetzter Häuser, während drei Polizei-Pressefotos Diebstahl in verschiedenen Varianten abbilden. Die SVP öffnete so einer verängstigten Klientel die Augen: Soziale Konflikte, Subkulturen, Suchtabhängige und die neuen, öffentlich sichtbaren Armen stellen nichts anderes als eine gefährliche soziale Devianz und Herde ordinärer Kriminalität dar. Für eine „neue Sicherheitspolitik“, so die Broschüre, müsse die „schwächliche Ordnungspolitik“ der Stadtregierung verändert werden, um mit dem Übel endlich aufräumen zu können.

Bevor die SVP eine „neue Sicherheitspolitik“ forderte, war es 1990 im Zürcher Gemeindeparlament zu grotesken Debatten gekommen, in denen die SVP allen Ernstes anprangerte, dass in Osteuropa der Sozialismus zusammengebrochen sei, während er in Zürich die Macht übernommen habe und die Stadt zugrunderichten werde. Während ParlamentarierInnen aller Parteien in einer Untersuchungskommission befremdet die Wirrungen des Zürcher Staatsschutzes zur Kenntnis nahmen, protestierte der SVP-Vertreter in der PUK gegen die „Demontage der inneren Sicherheit“ und munitionierte sich mit Staatsschutzakten für den Kampf gegen das „subversive“ Kulturzentrum Kanzlei. Seine bürgerlichen PUK-Kollegen bekniete er an Sondersitzungen, endlich einzusehen, dass die Linken die Bürgerlichen „fertigmachen“ und deshalb den Staatsschutz auflösen wollten. Auf die Länge wäre es jedoch ziemlich unglaublich gewesen, die Estermanns, Neukomms und Kochs als eines der letzten Politbüros dieser Welt zu verkaufen. Das kriminelle Syndrom, zu welchem die SVP 1991 linke Amtsträger, radikale Subkulturen, Marginalisierte und ordinäre Delinquenten vermischte, löste die Polemik gegen den spätsozialistischen Putsch der Roten und Grünen ab.

Während des Kalten Krieges war der innere ein Statthalter des äusseren Feindes gewesen - ein Unschweizer und Landesverräter, dem in der konfliktiven politischen Auseinandersetzung innerhalb der Gemeinschaft der Schweizer kein legitimer Platz zukam. Die Soziologie bezeichnet dies als Sonderfall einer „Ethnisierung des Politischen“; der liegt dann vor, wenn zur Stigmatisierung des politischen Gegners als Fremdem „keine rassischen, volkstumsideologischen oder religiösen Ausgrenzungskonstrukte“ zur Verfügung stünden und statt dessen auf „die Semantik des Verrats“ zurückgegriffen werden müsse, so der Soziologe Kurt Imhof (1994, 32). Heute, könnte man sagen, unternimmt die Zürcher SVP einen ähnlichen Versuch, den neuen inneren Feind mit einer sozialdarwinistischen Semantik zu „ethnisieren“. Zum Bedrohlichen und Fremden in der Gesellschaft rechnet sie sowohl die wirtschaftlich und kulturell ausgegrenzten „Lumpen“ der neoliberalen Gesellschaft als auch ihre tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen politischen Fürsprecher und Sympathisanten. Die Messerstecher-Inserate der SVP gegen die „Linken und Netten“ vom Herbst 1993 brachten diese Botschaft massenwirksam unter die Leute.

Es war die Verknüpfung der ausgrenzbaren „Lumpen“ mit respektablen politischen Gegnern, die empörten Widerspruch auf der Linken und einiges Befremden bei den andern bürgerlichen Parteien hervorgerufen hatte. Bundesrat Stich oder die Zürcher Stadträtin Ursula Koch, beide in der SPS, denunzierten die Kampagne gegen die „Linken und Netten“ als „nazihaft“ und waren insofern korrekt, als die faschistischen Bewegungen die politischen Gegner der Linken oft zum rassistisch Fremden „ethnisierten“, wie es etwa in der Wahnvorstellung einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zum Ausdruck kam. Dieser Protest warf seinerseits Wellen, weil der Zürcher SVP zur faschistischen Partei der revolutionäre Impuls und der Wille zum Bruch mit der parlamentarischen Rechtsordnung fehlt. Sie

gleich viel eher den rechtspopulistischen Parteien Schönhubers, Haiders, Le Pens oder den modernisierten Neofaschisten Finis, die den fordistischen politischen Kompromiss angreifen und die Globalisierung des Kapitalismus wahlweise als antinationales Diktat von Brüssel oder als amerikanische Kolonisierung bekämpfen (1).

Humanitärer Kitsch

Politisch lieferte die Sicherheitsdebatte frische Munition für den Konkurrenzkampf im Kartell der bürgerlichen Parteien, welchen die SVP nach der nationalen Schicksalsschlacht von 1992 gegen die Brüsseler Eurokraten vorläufig für sich entschieden hatte. Der SVP ist auch das Prädikat, geistiger Vater der Sicherheitskampagne zu sein, ohne Neid zuzusprechen. Nur können diesmal die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Christliche Volkspartei (CVP) für sich beanspruchen, etwas verspätet zwar, ab Sommer 1993 mit originellen Forderungen, wie zum Beispiel dem Armeeinsatz gegen Drogendealer am Lettensteg, tapfer um die Führungsposition gekämpft und den Leader SVP in ein Patt gedrängt zu haben. Die Überholaktionen rechts aussen wurden umso hemmungsloser inszeniert, als es bei der Sicherheitskampagne in keiner Art und Weise um handfeste monetäre Interessen geht. Die Parallelaktionen der FDP und CVP begrenzen sich jedoch darauf, eine Bedrohung durch ausländische Kriminelle überhaupt zu thematisieren und dem innenpolitischen Gegner lediglich seine romantischen Menschenrechtsvorstellungen vorzuwerfen, die ihn daran hinderten, energisch das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung zu vertreten.

FDP-Präsident Franz Steinegger stellte während der Hetze im Sommer 1993 gegen die „drogendealenden Asylanten“ einen Post-68er-Konsens der schweizerischen Gesellschaft an den Pranger, als er sich und seine Partei vom „humanitären Kitsch“ abmeldete. „Humanitärer Kitsch“ ist ihm zufolge die weitverbreitete Haltung pädagogisierender Heulsusen und fundamentalistischer Menschenrechtler, sich für entrechtete Flüchtlinge, Asylsuchende und ArmutsimmigrantInnen einzusetzen, kurz so etwas wie BürgerInnenverantwortung für den katastrophalen Zustand der Welt zu übernehmen, und sei es auch nur aus dem schlechten Gewissen heraus, zu den Privilegiertesten der Welt zu gehören. Steinegger liess uns wissen, dass die Interessen der SchweizerInnen auf alle Fälle Vorrang haben, was sich nicht nur auf das Verhältnis zu den AusländerInnen bezieht, sondern ebenso sehr auf das Verhältnis zu den eigenen Marginalisierten und Ausgegrenzten.

Hingegen liess der freisinnige und christdemokratische Mainstream das anstössige Element der Ausgrenzung und Stigmatisierung des innenpolitischen Gegners à la SVP fallen. FDP und CVP gehen vom Marginalisierten aus und vermischen ihn mit den Drogensüchtigen, „kriminellen Asylanten“ und sogenannten Kriminaltouristen zu einem kriminellen Syndrom, welches die schweizerische Gesellschaft von ausserhalb bedränge und bedrohe. Das kriminelle Syndrom hatte der „Blick“ im vergangenen Sommer popularisiert, worauf der freisinnige Franz Steinegger und die CVP-Softwurzel

Carlo Schmid den „Sicherheitsnotstand“ deklarierten. Bundesrat Koller verdichtete dies am 30. Oktober 1993 vor dem CVP-Parteitag zur neuen Bedrohungslage der Nation. Koller vergass nicht, in seiner Rede an der Bedrohungslage im Kalten Krieg anzuknüpfen, um die neue Gefahr als würdige Nachfolgerin jener alten darzustellen (Koller 1993, 2).

Dass der Marginalisierte als „Krimineller“ Rache nehmen könnte, ist die Angst, die die Kriminalitätskampagne in den hablicheren Kreisen der Gesellschaft emotional verankert. Die Waadtländer Freisinnigen plazierten beispielsweise im vergangenen Jahr Inserate, welche einen Autoknacker an der Arbeit zeigten, mit dem Text: „La crise crée des vocations“ - die Krise schafft neue Berufungen („24 Heures“, 24.3.93). Solch zynischer Realismus kommt nur in der französischen Schweiz vor. Da die meisten SchweizerInnen vor den Folgen der Krise Angst haben, stigmatisiert dieses Inserat den Kriminellen zuwenig. Im Gegenteil, es läuft Gefahr, ihn als soziales Problem verständlich zu machen. Die Waadtländer Freisinnigen bewegen sich jedoch in einem völlig anderen Diskursumfeld. Bekanntlich stiess die Sicherheitskampagne der Westschweiz sauer auf und wurde als national aufgeblasene Lokalangelegenheit Zürichs kritisiert. Westschweizer Medien und Politiker hatten schon in den fünfziger und sechziger Jahren den verkrampften Antikommunismus der Deutschschweizer Patrioten belächelt.

Sicherheitskampagne und Kriminalität

Was die Bekämpfung der Kriminalität angeht, hinterlässt die Sicherheitskampagne nichts Taugliches. Zwar erfüllte sie einige Weihnachtswünsche der repressiven Staatsapparate. So darf die Schnüffelpolizei hoffen, nach der Schmach des Fichenskandals geläutert und mit schärferen Eingriffen in bisher geschützte Freiheitsräume und in die Privatsphäre observieren zu dürfen. Und viele kommunale und kantonale Polizeikorps stocken still und leise ihre Bestände auf, während Staatspersonal sonst plafoniert oder abgebaut wird. An der Kriminalitätspolitik jedoch wird sich überhaupt nichts ändern. Dies ist, sofern wir die Inszenierungen des Berner Nationaltheaters ernst nehmen sollen, der eigentliche Skandal. Denn schliesslich ist die Kriminalität der einzige Bezug zur Wirklichkeit, auf den die Sicherheitskampagne baut. Was sie aber als kriminelles Syndrom denunziert, hat mit der real existierenden Kriminalität in diesem Lande wenig zu tun. Eine politisch tragfähige Antwort auf das Sicherheitsspektakel von grüner und linker Seite müsste sich deshalb meines Erachtens darauf konzentrieren, realistisch über Kriminalität zu sprechen und kriminalpolitische Massnahmen aufzuzeigen, die geeignet sind, sie zu verringern.

Die Widerstände, sich in die Debatte einzuschalten, scheinen allerdings enorm zu sein. Das Thema ist als Spektakel der Rechten besetzt und derart verhasst, dass spontan alle meinen, sie könnten die Sicherheitskampagne mit Diskussionen über Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit kontern. Richard Müller tadelte in der AZ vom 15.2.94 die GPS, den Bürgerlichen aufzusitzen, als sie an einer Pressekonferenz Ideen zu Sicherheit und Krimi-

nalität vorstellte, die sich ungefähr mit den hier präsentierten Thesen deckten (GPS, 1994). Trotzdem publizierte die SPS im April 1994, als fast alles schon gelaufen war, eine zusammenhängende Darstellung ihrer Positionen zur Kampagne (SPS, 1994). Dass man sich sträubt, das Thema Kriminalität aus linker und grüner Optik zu durchleuchten, führt in der Praxis zu folgenschweren Fehlern. SP-Exekutivamtsträger, die sich zum Thema nicht ausschweigen können, greifen in ihrer Ratlosigkeit auf die Rezepte der Rechten zurück. Der Schlag gegen die „Asylanten-Dealer“ wurde durch den linken Zürcher Stadtrat vorgedacht, und der Zürcher SP-Regierungsrat und Justizdirektor Moritz Leuenberger beeilte sich, den Entscheid über den Bau von Notgefängnissen durchzudrücken, um das personelle Recycling der Drogengeschäftsleute zu beschleunigen. Beide hofften, sich mit symbolischer Politik dem Druck zu entziehen, den die Sicherheitskampagne von rechts erzeugt hatte. Dabei hätten sie Handlungs- und Diskursalternativen gehabt, die die Bürgerlichen in Bedrängnis gebracht hätten.

Die Themen, die die erhitzten Sicherheitsdebatteure gefangen halten, versperren ihnen die Sicht auf das, was sich an Kriminalität in diesem Lande wirklich abspielt, und was dagegen unternommen werden könnte. Kennzeichnend war nur schon die hilflose Diskussion um die richtige Interpretation der Kriminalstatistik. Zufällig erreichte diese für das Jahr 1991 den bisherigen Höchststand, was anfänglich als Argument herhalten musste, um zu begründen, wieso gerade jetzt die Probleme brennend seien. Mitten in die Diskussion platzten dann aber die Zahlen für 1992, die wieder eine Abnahme der polizeilich erfassten Delikte anzeigten. Besonders findige JournalistInnen wiesen darauf hin, dass statistisch schon 1983 ein ähnlicher Höhepunkt erreicht worden sei. Die aussagekräftigste Tatsache ist jedoch, dass die Kriminalität in der Schweiz von Ende der sechziger bis anfangs der achtziger Jahre beträchtlich angestiegen ist und seither auf diesem neuen Niveau stagniert (2). Für diesen Anstieg gaben hauptsächlich die Auswirkungen des Drogenproblems den Ausschlag.

Auch die geografische Verteilung von Kriminalität wäre in einer kriminalpolitischen Debatte zur Kenntnis zu nehmen. Die Delikte, die die Drogengesetzgebung geschaffen hat, konzentrieren sich auf die wenigen grossen Städte in der Schweiz. Das ist die Folge politischer Entscheidungen und polizeilicher Praktiken. Die ländliche Schweiz wünscht „drogenfrei“ zu bleiben und hat sich angewöhnt, ihre süchtigen Kinder in die Zentren zu exportieren. Diese wiederum belieben von Zeit zu Zeit, sich ihrer Probleme auf Kosten der Stadt Zürich zu entledigen. Aber auch Delikte, die nichts mit Drogen zu tun haben, kommen viel häufiger in den Zentren vor, wobei weder Opfer noch Täter zwangsläufig dort wohnen. In den Städten wiederum sind lange nicht alle Quartiere gleichmässig betroffen, sondern hauptsächlich die Vergnügungsviertel und innerstädtischen Problemgebiete (3). Die Sicherheitsdebatte nahm dies nur insofern zur Kenntnis, als sie den Zürcher Lettensteg und Kreis 5 als Beispiel der Sicherheitsverluderung dramatisierte: Solche „Slums“ würden sich überall ausbreiten, falls nicht energisch gegen Süchtige, ausländische Dealer, Hausbesetzer und Chaoten vorgegan-

gen werde. Kein Wort fiel hingegen darüber, dass die für schweizerische Verhältnisse tatsächlich ziemlich ungewöhnlichen Zustände in diesem Stadtquartier das Resultat einer verfehlten, aber stark applaudierten politischen Entscheidung des SP-dominierten Zürcher Stadtrates waren, nämlich der Schliessung des Platzspitzes im Februar 1992 und der Vertreibung der Drogenabhängigen in das hauptsächlich von AusländerInnen, ArbeiterInnen und „Alternativen“ bewohnte Industriequartier.

Es ist deshalb naheliegend, dass eine wirksame Kriminalpolitik die Prohibition, die die Drogenkriminalität erst geschaffen hat, endlich abschaffen müsste. Fast die Hälfte der Delikte, die in der Kriminalstatistik auftauchen, liesse sich dadurch beseitigen. Bislang ist es das Kartell der bürgerlichen Parteien, welches die gesetzlichen Geschäftsbedingungen des Drogenschwarzhandels mit Zähnen und Klauen verteidigt. Dergleichen mehr verlangten sie konsequenterweise auch in der Sicherheitskampagne. Mit Sondergesetzen gegen AusländerInnen wollen sie den ausländischen Drogendealern das Handwerk legen, womit - im Land der Zünfte ein vertrauter Gedanke - die Endverteilung der Drogen eingeschweizert würde. Leider haben sich aber die Drogenringe dem Zunftgedanken versagt. In Zürich reichen, seit die Diskussion begonnen hat, weniger Verkäufer zur Legalisierung ihres Status ein Asylgesuch ein. Stattdessen reisen sie, legal oder illegal, als Touristen ein.

Die Verknüpfung des Drogenproblems mit einer vernünftigen Kriminalpolitik wird hierzulande in der Regel gemieden. Die Linke scheut sich, das „populistisch missbrauchte“ Sicherheitsproblem mit der „Hilfe an die Süchtigen“ zu verbinden. Und die Rechte weigert sich auf Teufel komm raus, das einzige Argument zu benützen, mit welchem sie irgendeine Form der Drogenfreigabe bei ihrer Klientel durchsetzen könnte. So verläuft denn paradoxerweise die einzige kriminalitätsrelevante Diskussion abseits der Sicherheitskampagne - in den parallel stattfindenden Gesprächen der FDP mit der SP und der CVP über die massive Ausweitung der medizinisch kontrollierten Abgabe. Dieses Vorgehen weckt ungute Gefühle. Solange die getrennte Behandlung des Drogenproblems und der (städtischen) Sicherheitsprobleme andauert, solange ist die Versuchung für die Rechte gross, beide Themen zur ideologischen Selbstbefriedigung auszubeuten und damit den in hohem Masse kriminogenen Status quo zu bewahren.

Die Prohibition aufzuheben würde auch der organisierten Kriminalität (4) am wirksamsten und auf kostengünstige Weise schaden. Der Drogenhandel ist das beste illegale Geschäft mit den höchsten Profitmargen, die nicht nur andere Branchen wie den illegalen Waffenhandel (5), den Schmuggel, den Frauen- und Kinderhandel oder das Geschäft mit geklauten Autos befruchten, sondern auch in der „legalen“ Wirtschaft angelegt und durch die Bestechung von Untersuchungsbeamten, Richtern und Politikern abgesichert werden. Peter Hofacher, der ehemalige Polizeikommandant von Zürich, gab ohne weiteres zu, dass er mit polizeilichen Mitteln nicht verhindern könne, dass in einigen Jahren die Investoren von Drogengeld Wirtschaft und Politik in diesem Land durchdringen würden. Er sah darin ein „schreckli-

ches Dilemma“, von welchem ihn ein einfacher politischer Akt befreien könnte, gegen welchen er sich allerdings als „überzeugter Gegner“ der Drogenfreigabe mit Händen und Füßen sträubt. In der Sicherheitsdebatte hingegen dient, wie könnte es anders sein, die organisierte Kriminalität vor allem als Argument dafür, die Bundesanwaltschaft und den Staatsschutz wieder aufzurüsten. Der modernistische Flügel der Schnüffelpolizei hatte die Fichenkrise als Chance gesehen, mit alten Zöpfen endlich aufzuräumen und einen modernen schlanken Staatsschutz zu gründen, der sich auf „Terrorismus“, „Extremismus“ und, immer beliebter seit Ende der achtziger Jahre, „Ausländerextremismus“ sowie die Organisierte Kriminalität konzentriert, welche alle ohne präventive Schnüffelei nicht eingegrenzt und bekämpft werden könnten. Ganz in dieser Tonlage wurde im Januar 1994 der Entwurf des neuen Staatsschutzgesetzes dem Publikum schmackhaft gemacht.

Gewalt und Angst im öffentlichen Raum

In der öffentlichen Aufbereitung der Sicherheitskampagne spielten spektakuläre Fälle von Gewaltanwendung eine zentrale Rolle, insbesondere der Mord an der 20jährigen Pfadiführerin Pasquale Brunner im vergangenen Herbst, den ein Häftling auf Urlaub begangen hatte. Die Messerstecher-Inserate der SVP, die diesen Mord aufgriffen, propagierten ein vorsoziologisches Bild des Kriminellen. Das neue Böse lasse sich, das war die Botschaft, nicht durch gesellschaftliche Reform aufheben, wie es die „Linken und Netten“ die vergangenen zwanzig Jahre lang gepredigt hätten, sondern verlange konsequentes Durchgreifen und hartes Aufräumen (6). Kriminelle sind im Weltbild der SVP nicht Opfer und Täter aufgrund bestimmter sozialer Verhältnisse, sondern absolut Fremde mitten unter uns, die unberechenbar zuzuschlagen drohen. Diese Auffassung individualisiert gesellschaftliche Konflikte zu schuldhaftem Fehlverhalten und enthebt die Politik der Verantwortung für gesellschaftliche Zustände.

Damit die Botschaft durchkam, politisierte die SVP nur bestimmte Aspekte des Mordfalls, während sie andere unterschlug. Für die Sicherheitskampagne instrumentalisierbar war vor allem der Hafturlaub, der den Mord überhaupt erst möglich gemacht hatte. Die Messerstecher-Inserate besagten, dass die „Linken und Netten“ mit ihrem humanitären Strafvollzugsgesäusel Leib und Leben der BürgerInnen gefährden. Kein Thema für die SVP war das Geschlecht des Opfers. Kein Thema war die Vergewaltigung, die dem Mord voranging.

Das war für die ganze Sicherheitskampagne charakteristisch. Drohende Gewalt gleich vor der Haustüre wurde bis zum Überdross an die Wand gemalt. Wer die Opfer sind und welches Geschlecht sie haben, blieb hingegen tabu. Ein Drittel bis zur Hälfte der Gewaltopfer in der Schweiz sind Frauen und Kinder, die Bekannten, Freunden, Ehemännern, Onkeln zum Opfer fallen. Der intimere Privatbereich, in welchem mit Gewalt Machtverhältnisse gesichert, ausgenutzt und in die Körper eingezeichnet werden,

eignet sich denkbar schlecht für eine hysterisierende Sicherheitspolitik. Die Täter lassen sich nicht entfremden, und die repressiven Staatsapparate kommen nicht auf ihre Kosten. Niemand würde die Forderung nach mehr Polizei oder einem neuen Staatsschutz begreifen, falls die Opfer intimer Gewalt im Zentrum der Sicherheitsdebatte stünden. Übrigens sind es genau die eifrigsten Sicherheitspolitiker, die der umfassenden Gleichstellung der Frau jeden möglichen Widerstand leisten. Sie beharrten in der Strafgesetzrevision darauf, die Vergewaltigung der eigenen Frau als ehelichen Akt straffrei zu halten. Und sie haben seinerzeit auch das Referendum gegen das neue Ehegesetz ergriffen.

Wie wenig sich die Sicherheitspolitiker für die wirkliche Kriminalität interessieren, zeigt auch die Tatsache, dass sie die seit Jahren anhaltende Diskussion über die Angst der Frauen, Alten und Behinderten im öffentlichen Raum nicht thematisierten. Machbare Vorschläge, dieser Angst zu begegnen und die Risiken zu verringern, liegen schon lange auf dem Tisch. Eine vernünftige kommunale Kriminalitätspolitik würde Strassenunterführungen aufheben, tote Winkel und unübersichtliche Grünanlagen baulich korrigieren, reine Geschäftsviertel wieder bewohnbar machen. Die Raum- und Zonenplanung würde auf reine Arbeitsplatzgebiete verzichten und die Durchmischung von Wohnen und Arbeiten anstreben, wofür ja auch viele andere Gründe sprechen. Und die kommunalen Bauämter würden Fachmänner durch Fachfrauen ersetzen, die in Erfüllung ihrer Aufgabe auch die Menschenverträglichkeit und Sicherheit der Gestaltung des öffentlichen Raums überprüfen. Es wäre konsequent gewesen, wenn die Sicherheitspolitiker diese Probleme aufgegriffen hätten, denn eines ihrer Argumente bestand ja darin, dass sich dringender Handlungsbedarf weniger wegen der (international gesehen tiefen) Zahl krimineller Delikte ergebe als vielmehr wegen der grossen Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung. Wo immer diese meiner Zürcher Erfahrung nach an öffentlichen Versammlungen zum Ausdruck kamen, stand die Angst von Frauen und älteren Menschen im öffentlichen Raum im Zentrum der Diskussion, vor oder nach dem Unbehagen über die Drogenszene mitten in einem Wohnquartier (7).

Die Sicherheitsdebatte, die mit der Dämonisierung der ausländischen Drogendealer begann, mündete auf ihrem Höhepunkt in ein Gerede über den Kriminellen als Triebtäter und Bestie, der - ob Schweizer (wie im Fall von Pasquale Brunner) oder Ausländer - auf jeden Fall ein „Fremder“ ist. Die realen Massnahmen wiederum konzentrierten sich auf AusländerInnen, was sich politisch leicht verkaufen lässt. Seit Jahren weist die Kriminalstatistik gesondert die Zahlen der „Ausländerkriminalität“ aus und befestigt damit tiefsitzende Vorurteile, dass die AusländerInnen deliktischer veranlagt als die SchweizerInnen seien. In Deutschland erheben deshalb Grüne und Linke die Forderung, die Kategorie „Ausländer“ nicht mehr gesondert in der Kriminalstatistik auszuweisen. Medienschaffende in der Schweiz reagierten auf ähnliche Anliegen, die in den Redaktionsstuben geäussert wurden, bisher abwehrend: Was Sache sei, müsse bekannt gemacht werden. Sorgfältige statistische Untersuchungen zeigen jedoch, dass sich die Sache anders

als das landläufige Vorurteil verhält. So delinquent zum Beispiel die ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland nicht häufiger als die Einheimischen, wenn die unterschiedliche Alterstruktur (mehr alte Deutsche) und die unterschiedliche Sozialstruktur (mehr AusländerInnen in der untersten soziale Schicht) berücksichtigt werden. In Deutschland sind entsprechende Studien vom Bundeskriminalamt veranlasst worden (vgl. Michael Walter, 1988).

Dass hierzulande die Polizei solche Studien veranlassen würde, ist undenkbar, obwohl es linke Amtsträger gibt, die dies fordern könnten. Manuel Eisners Studie über Gewaltkriminalität in Schweizer Städten (1993), die sich am Rande auch mit dem Ausländeranteil an der Kriminalität beschäftigt, kommt zum selben Schluss wie sein deutscher Kollege. Und kurz vor der Nationalratsdebatte zur inneren Sicherheit publizierte das Bundesamt für Statistik einen Bericht zur „Staatsangehörigkeit von Strafgefangenen“, in welchem mit Zahlen bis 1992 nachgewiesen wird, dass unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Behandlung von SchweizerInnen und AusländerInnen im Strafvollzug die ausländische Wohnbevölkerung inklusive Flüchtlinge nicht überproportional in den Gefängnissen vertreten ist. AusländerInnen werden aber häufiger und länger in Untersuchungshaft genommen und verbüssen auch in der Regel längere Haftstrafen für ähnliche Delikte wie die SchweizerInnen, weshalb es so aussieht, als ob sie besonders häufig straffällig würden. Ausser einer kleinen Nachricht war dies der Schweizer Presse kein grösseres Aufsehen wert (vgl. Renate Storz, 1994).

Präventive Kriminalpolitik

Die schweizerische Debatte findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die tonangebenden Akteure ernsthafte wirtschaftliche und soziale Probleme ungelöst vor sich herschieben und es den Marktkräften überlassen, den Industrie- und Dienstleistungsstandort Schweiz auszudünnen. Diese Entwicklung fördert nicht nur Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Konflikte, sie ist auch kriminogen. Es gehört zu den Sonntagsschulweisheiten, dass die beste Kriminalpolitik Sozialpolitik sei. Dies trifft nicht nur im grossen zu, sondern auch auf sozialpräventive Massnahmen im kleinen, die Gegenstand kommunaler Kriminalpolitik sein sollten.

Dazu müssten PolitikerInnen wissen, was an Kriminalität konkret überhaupt geschieht und wie es sozialwissenschaftlich interpretiert werden könnte. Ein kurzer Blick in den Katalog jeder öffentlichen Bibliothek wird jedoch zeigen, dass eine ursachenorientierte sozialwissenschaftliche Kriminalforschung in der Schweiz kaum existiert. Hierzulande scheint, ganz im Gegensatz zu unsern Nachbarländern, Kriminologie eine Abteilung der Rechtswissenschaften zu sein. Es fehlt auf kommunaler Ebene aber auch an öffentlich einsehbarer und kontrollierbarer Information, wo, wie, durch wen, auf Kosten von wem und warum kriminelle Delikte geschehen. In der Schweiz wird solches Wissen polizeiintern unter Verschluss gehalten. In England, Schweden, Norwegen, Dänemark oder den Niederlanden gibt es

kommunale Beiräte für Kriminalitätsprävention, in denen neben der Polizei all die kommunalen Dienste vertreten sind (Schulen, Sozialdienste etc.), die einen Ueberblick über die örtlichen und sozialen Problemlagen ihrer Gemeinde haben. Sie sind die Voraussetzung dazu, dass man nicht einfach Delikte post festum ahndet, sondern präventive Gegenmassnahmen ergreifen kann.

Soziale Prävention steht jedoch nie im Zentrum dessen, was schweizerische und europäische Konservative jeweils als Massnahmen gegen vermeintlichen „Sicherheitsnotstand“ durchsetzen wollen. Im Kampf gegen die „innere Unsicherheit“ propagieren die Scharfmacher ein Mehr an Repression, obwohl es nachgewiesenermassen die Kriminalitätsrate nicht zu senken vermag. Nordamerikanische Städte geben heute bis zu fünfzig Prozent ihrer Budgets für Polizeiaufgaben aus, während weniger als fünf Prozent für soziale und kulturelle Aufgaben zur Verfügung stehen. Kein Mensch behauptet, dass sie deswegen sicherer seien. Im Gegenteil. Polizei und Kriminelle überbieten sich in den USA mit einem gegenseitigen Wettrüsten, während Private massenhaft Handfeuerwaffen erwerben in der Illusion, damit ihre Sicherheit angesichts einer ohnmächtigen Polizei garantieren zu können. Im Endeffekt nehmen Raubüberfälle, Morde, Bandenkriege und brutal ausgetragene Zufallskonflikte zwischen Privaten zu. (Kilian 1994).

Zwei Problembereiche müssten meiner Ansicht nach im Zentrum sozialpräventiver Massnahmen gegen Kriminalität stehen.

- Aus den kulturellen Wüsteneien der Agglomerationssiedlungen kommen am meisten jugendliche Spass- und Freizeittäter, die sich im anonymen städtischen Raum austoben. Es sind oft diese Gemeinden, die am wenigsten in eine soziale und kulturelle Infrastruktur investieren und auch nicht im Traum daran denken, ihre Aussenräume kinder- und menschengerecht zu gestalten.
- Der zweiten und dritten Generation der hier ansässigen Ausländerfamilien drohen gesellschaftliche und berufliche Optionen versperrt zu werden, die jungen SchweizerInnen noch offenstehen. Eine der Ursachen ist ein eigentlicher Bildungsnotstand, den die ausschliessliche Einschulung in der Fremdsprache Deutsch (Französisch oder Italienisch) erzeugt. Es wäre richtig, den jungen Einwanderern in der Schule auch Muttersprachunterricht anzubieten. Ebenso notwendig wäre es, der zweiten Generation in einer Art schweizerischem *Ius solis* endlich automatisch volle Bürgerrechte zu schenken (8).

Darüber haben sich die Parteipräsidenten Steinegger, Blocher und Schmid in den letzten Jahren nie ausgelassen. Solche Kinkerlitzchen interessieren sie nicht - eine Sicherheitspolitik ohne Waffen und Uniformen erwärmt ihre Herzen nicht. Deshalb denken sie auch nicht darüber nach, wie sich die von ihnen als „realistisch“ und „unausweichlich“ vertretene Zersetzung des Sozialstaats auf die Sicherheit aller auswirken wird. In der ausländischen Kriminologie wird die Schweiz bis anhin als Beispiel für ein verbrechensarmes Land zitiert, weil es keine grösseren wirtschaftlichen Probleme und sozialen Ausschlussmechanismen kenne. Das kann sich alles rapide

ändern, wenn weiterhin symbolische Politik die Bewältigung realer Probleme verdrängt.

Anmerkungen

- 1) Auf eine entsprechende Fraktionserklärung der Grünen im Zürcher Gemeinderat im Februar 1994 äusserten die SVP-Männer heftigen Unmut, mit dem Fussvolk von Le Pen und Massimo Fini verglichen zu werden.
- 2) Die anderen westlichen Länder zeigen ähnliche Kurven. Nur war ihr Ausgangsniveau um einiges höher als in der Schweiz, so dass wir immer noch eine der international tiefsten Kriminalitätsraten haben.
- 3) Der geografische Faktor bleibt nicht ohne Folgen. Die welsche Zeitschrift „L'Illustré“ vom 10.11.93 zitierte eine Umfrage, wonach zwar 85 % glauben, die Kriminalität sei in den neunziger Jahren angewachsen, aber nur 6 % glauben, selber in einer kriminalitätsgefährdeten Region zu leben. Vgl. auch Manuel Eisner, 1993.
- 4) Die Diskussion, ob der Begriff „Organisierte Kriminalität“ die Wirklichkeit korrekt erfasse oder sie verzerre, ob es sich um neues Phänomen handle oder ob Kriminalität schon immer „organisiert“ gewesen sei, kurz ob damit ein Kampfbegriff zur Aufrüstung der Polizei geprägt worden sei, ist hier nicht zu führen. Vgl. dazu in Kampmeyer/Neumeyer, 1993, die beiden Aufsätze von Werner Raith und Henner Hesse.
- 5) War es in den guten alten Zeiten noch üblich gewesen, dass die Käufer im illegalen Waffenhandel ihren Bedarf u.a. durch Einnahmen aus dem Drogenhandel deckten, so sollen nach den Erkenntnissen des privaten Observatoire géopolitique des drogues in Paris Waffenhändler ihren Kunden neuerdings gleichzeitig Drogen verkaufen. Diese verschieben die Drogen dann weiter und zahlen ihren Händler mit dem erzielten Erlös. So hätten die nach dem libanesischen Bürgerkrieg aufgelösten Milizen gleichzeitig ihre Waffen und Drogen auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz verscherbelt. vgl. Observatoire, 1993, S. 260
- 6) Erfreut meldete der „Sonntagsblick“ vom 14. November 1993: „Schon 41 % sind für die Todesstrafe“. Er hätte auch schreiben können, 59 % seien trotz Blocher, Steinegger und Carlo Schmid dagegen. Die Sonntagsblick-Umfrage könnte also auch Indiz dafür sein, dass die Sicherheitskampagne nicht unbedingt den innersten Nerv der schweizerischen Gesellschaft getroffen hat.
- 7) Den Fachbeamten in Bundesrat Kollers Departement ist das Thema durchaus bekannt. Im „Aktionsprogramm ‘Innere Sicherheit 1994’“ des EJPD vom Januar dieses Jahres wird es als Projekt 7.3 aufgeführt. Konkret handelt es sich allerdings nur um Berichtchen und Broschürchen, die die beträchtliche Bibliothek bisher folgenloser ähnlicher Studien ergänzen werden.
- 8) In ihrem Thesenbericht „zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz“ verlangte die FDP, „die vermehrte Integration assimilationswilliger Ausländer“ zu fördern. Insbesondere sei „eine Ghettoisierung der ausländischen Wohnbevölkerung zu vermeiden“. Neben dem Unterton („assimilationswillige Ausländer“) stört, dass die Partei keinerlei konkrete Vorschläge macht, während ihr zur „Ausländerkriminalität“ Dutzende von Massnahmen einfallen. (FDP, 1993, S. 10) Immerhin appelliert der Bericht daran, „Menschengruppen nicht auszugrenzen“, was seine Propagandisten in der Öffentlichkeit jedoch unterschlagen (a.a.O., S. 31f.)

Literatur

- Eisner, Manuel, 1993: Alltägliche Gewalt in Schweizer Städten. Bericht 51 des NFP 'Stadt und Verkehr'. Ms. Zürich.
- Eisner, Manuel, 1993: Gewaltkriminalität und Urbanisierung. In: Plädoyer, 6/93, S. 35ff. Zürich.
- EJPD, 1994: Aktionsprogramm „Innere Sicherheit 1994“. Bern.
- FDP, 1993: Bericht, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz. In: Politische Rundschau, 4/93. Bern.
- GPS, 1994: Stichwort „Innere Sicherheit“, Stellungnahme der Grünen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz. Bern.
- Imhof, Kurt, 1994: Zur Ethnisierung der politischen Kommunikation. In: Arbeitsblätter 1.94, No. 31, Schweiz. Arbeitskreis für ethische Forschung (Hg.), Zürich.
- Kampmeyer, Eva/Neumeyer, Jürgen (Hg.), 1993: Innere UnSicherheit. München.
- Kilian, Martin, 1994: USA. Was jetzt zählt, ist Härte, nichts als Härte. In: Die Weltwoche Nr. 13, 31.3. Die Angst der Wohlgenährten vor Fremden und Triebtätern. Zürich.
- Koller, Arnold, 1993: Die innere Sicherheit und die Schweiz. Referat an der DV der CVP vom 30.10.93. Ms.
- Observatoire géopolitique des drogues (Hg.), 1993: Der Welt-Drogen-Bericht. München.
- SPS, 1994: „Innere Sicherheit“. Sonderausgabe Pressedienst SP, No. 384. Bern.
- Storz, Renate, 1994: Zur Staatszugehörigkeit von Strafgefangenen. Hg. Bundesamt für Statistik. Vorabdruck Februar 1994. Bern.
- SVP Stadt Zürich, 1991: Neue Sicherheitspolitik für die Stadt Zürich. Zürich.
- Walter, Michael, 1988: Ausländerkriminalität gestern - heute - morgen. In: Bundeskriminalamt (Hg.): Ausländerkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Arbeitstagung des Bundeskriminalamts Wiesbaden vom 18. - 21. Oktober 1988. Wiesbaden.